



Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU und FDP

Strategiekonzept zum Stellenabbau in der Landespolizei

Drucksache 18/ 3115

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt einen Stellenabbau bei der Landespolizei ab. Die bereits heute bestehende Überlastung der Landespolizei darf nicht durch die von der Landesregierung vorgesehene Streichung von Stellen bei der Polizei weiter verstärkt werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in den nächsten vier Jahren jeweils 40 zusätzliche Anwärterstellen bei der Landespolizei zu schaffen, um die in einem Umfang von 160 Stellen bestehende strategische Lücke mit Personal zu schließen.

Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, den eingeleiteten Rückzug der Polizei aus der Fläche zu stoppen. Sie hat nachhaltig sicherzustellen, dass eine ortsnahe Präsenz der Polizei auch in der Fläche erhalten bleibt. Schließungen und Zusammenlegungen von Polizeistationen dürfen nicht dazu führen, dass die Polizei vor Ort nicht mehr oder nur erheblich eingeschränkt vertreten ist und erreicht werden kann. Präsenz bedeutet hierbei nicht nur kurzfristige Erreichbarkeit im Einsatzfall, sondern auch die Wahrnehmung der Polizei als Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger.

Der Landtag stellt fest, dass die Präsenz von Polizei und ihre Wahrnehmbarkeit durch die Bevölkerung der Schlüssel zum Vertrauen, auf das die Polizei bei ihrer Arbeit angewiesen ist, sind. Auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen im Lande ist aus sicherheitspolitischen Gründen von großer Bedeutung.

Dr. Axel Bernstein
und Fraktion

Dr. Ekkehard Klug
und Fraktion